

ist eine offene Frage. Sind die Privilegierten *verpflichtet*, Menschen in absoluter Armut zu helfen?“ Versteht K. diese Frage grundsätzlich oder nur an die Entwicklungsethik Pogges gerichtet? Die Seiten 27f. geben hier auch keine klare Auskunft. Woraus könnte sich nun eine, und welche, Rechtsverpflichtung zur Hilfe ergeben, einer Hilfe, welche den „Privilegierten“ nicht schädigt? Aus „dem Prinzip der Gleichheit“ (Hösle), aus der Zugehörigkeit zur Einen Menschheit (so der klassische Solidaritätsansatz, der mir bei K. zu kurz kommt), aus dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit (gegen Kersting), aus Mitverschuldung (Höffe), wegen unverschuldeter Not (Höffe) oder aus Sicherheits- und Friedensgründen, um Rache zu vermeiden (im Zusammenhang mit Pogge diskutiert)?

Anschließend verwirft K. noch einmal radikal G. Hardins Position, denn, mit Vitorio Hösle gesprochen, ist erstens Entwicklung als solche positiv, und zweitens aus dem modernen Gleichheitsprinzip geboten. Alle, einzelne wie Staaten, sind zur wechselseitigen Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet, wobei K. durchaus die Grenzen diskutiert. Von Hösle grenzt sich K. dadurch ab, daß er jegliche paternalistische Verdächtigung aus seinem, K.s Ansatz, herausmenden will (247). Damit ist zwischen allen Staaten und Völkern ein Rechtszustand der Gleichheit herzustellen, welcher wiederum nach einer ökonomischen „Anhebung“ hinauf auf das Niveau einer funktionierenden und mehr als Basisbedürfnisse befriedigenden Gesellschaft verlangt. K. kommt in diesem Zusammenhang – für mich erstaunlicherweise – nie auf das doch viel diskutierte „Recht auf Entwicklung“ zu sprechen, wobei es allerdings indirekt in den Rechtsforderungen angesprochen ist. Höffe geht es z.B. darum, den Rechtsrahmen einer umfassenden internationalen Ordnung zu skizzieren (1999, 353–433). Man mag Höffe nicht in allem zustimmen, doch müßte das Sprechen über „Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung“ sich nicht auch dieses Rahmens ausdrücklicher und nicht sporadisch widmen? Ich meine: sehr wohl. Stichworte wie „Weltstaat“ oder „Weltrepublik“ fehlen im Index von K.s Buch.

Was K.s eigene Vorschläge betrifft, so arbeitet er für mich erstaunlicherweise in 12.5 nicht den Begriff der „Entwicklungszusammenarbeit“ in seinem ja auch normativen Gehalt heraus. Seine Vorschläge beziehen sich – auf den ersten Blick erstaunlich – hauptsächlich auf das, was das Entwicklungsland, der Partner der Geberländer, „benötigt“. K. zählt auf, wie ein Entwicklungsland, ein Staat etwa der sogenannten Dritten Welt, rechtlich und politisch verfaßt und organisiert sein müßte. Diese Hinweise sind wertvoll und beherzigenswert. Ein zu schmaler Absatz geht noch einmal, aber eben kurz, auf das demokratische Defizit und die notwendige rechtsstaatliche Demokratisierung internationaler Institutionen ein (259, fehlt sogar im Index). Trotz alledem ergibt sich nun ein schlüssiger Bogen zum 1. Teil. Das „Prinzip der Hilfeleistung“, Rawls' „The Law of Peoples“ entnommen (120), fordert für K. zuallererst, funktionierende rechtsstaatliche Strukturen in den Gesellschaften des Südens (258) herzustellen. Und K. fügt nicht ohne Hoffnung an: „Elementare politische Rechte [...] können den Erwerb ökonomischer Kompetenzen genauso begünstigen, wie die Partizipation an Märkten der Demokratie Auftrieb gibt“ (258). Die kritische Stellungnahme darf die hier auch erwähnten positiven Aspekte des Buches nicht übertrumpfen, welches in ansprechender Form und druckfehlerfrei präsentiert wird.

N. BRIESKORN S. J.

AFHELDT, HORST, *Wirtschaft, die arm macht*. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. München: Verlag Antje Kunstmann 2004. 256 S., ISBN 3-88897-344-9.

„Wohlstand für alle überall“ sollte der Zweck einer Wirtschaft sein, die neoliberalen Funktionsregeln folgt. Aber weder die Wirtschaften der reifen Industrieländer noch die Weltwirtschaft insgesamt erreicht seit Anfang der 70er Jahre diesen Zweck. Im Gegenteil, so behauptet Horst Afheldt: Die Wirtschaft macht arm und spaltet die Gesellschaft; trotz einer Verdoppelung des Sozialprodukts ist beispielsweise in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfebezieher gewachsen.

Afheldt nennt im 1. Teil vier Gründe der widersprüchlichen Entwicklung. Erstens erweist sich die Erwartung eines exponentiellen Wachstums als große Illusion: Das Bruttosozialprodukt in den frühindustrialisierten Staaten ist in den letzten 50 Jahren nur li-

near, mit sinkenden Zuwachsraten gestiegen. Zweitens durchkreuzt die technikbedingte Arbeitsproduktivität alle Hoffnungen, daß durch wirtschaftliches Wachstum ein hoher Beschäftigungsgrad erzeugt werde. Drittens erzwingt die globale Lohnkonkurrenz, seitdem die Weltmärkte geöffnet sind, einen sinkenden Weltmarktpreis für Arbeit und die Angleichung der Löhne auf niedrigem Niveau. So ist der Anteil der Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung am gesamten Volkseinkommen seit 1973 gesunken. Die unzureichende Kaufkraft läßt die Güternachfrage schrumpfen, so daß noch mehr Arbeitskräfte überflüssig werden. Viertens zwingt die Standortkonkurrenz die Staaten dazu, die Steuerbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu senken, die der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung dagegen zu erhöhen. Folglich schrumpfen die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten, während die öffentliche Armut zunimmt. Daraus folgert A.: Ein Wohlstand für alle und überall, der erreichbar wäre durch den Verkauf der Arbeitskraft zu einem angemessenen, wohlstandsichernden Lohn und durch den Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheit und Kultur, die durch Steuern finanziert werden, kommt infolge der technik- und weltmarktbedingten Lohnkonkurrenz sowie des Steuerwettkampfs nicht zustande. Abgesehen davon hält er das Bruttosozialprodukt und das Pro-Kopf-Einkommen für einen völlig ungeeigneten Wohlstandsindikator, weil sie den Aufwand ihrer Erzeugung enthalten, weil die Ungleichheit der Einkommen nicht in den Blick gerät und weil die Zahl der Arbeitslosen nicht berücksichtigt wird.

Nach einer solchen Diagnose werden Vorschläge für eine reformierte Gesellschaft in Deutschland skizziert – unter anderem eine Erhöhung der Nettolöhne, die Befreiung der Arbeitsverhältnisse von den Sozialbeiträgen, die Finanzierung der Sozialleistungen durch Einkommens- oder Verbrauchsteuern, die Kombination einer steuerfinanzierten Grundsicherung mit einer kapitalgedeckten privaten Lebensstandardsicherung, drastischer Subventionsabbau und eine stärkere Umverteilung der Einkommen und Vermögen, indem die Steuern auf Einkommen aus abhängiger Beschäftigung halbiert und die auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen verdoppelt werden. Die propagierten wirtschaftsliberalen Rezepte, etwa die Kürzung der Sozialleistungen und der öffentlichen Ausgaben, die Privatisierung öffentlichen Vermögens, die Absenkung der Löhne und der niedrigen Einkommen werden als ineffizient abgelehnt.

Im 2. Teil bestreitet A. das liberalistische Dogma, der freie Welthandel sei der Motor, der das Wachstum des Sozialprodukts antreibt. Der Welthandel ist seit 1950 zwar explosiv gewachsen, hat aber das Wachstum des Weltsozialprodukts nicht beschleunigt. Auch die Weltwirtschaft wächst nur linear. In der neoliberalen Phase der Weltwirtschaft ist das Weltsozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung nicht gewachsen, sondern halbiert worden. Außerdem ist die regionale Verteilung extrem ungleich. Die Ineffizienz des Freihandels wird vierfach begründet: Er ist auf die Minimierung der Kosten und damit der Kaufkraft angelegt. Er treibt jedes Land in ein Rennen um die Exportweltmeisterschaft. Er entwertet Arbeitsplätze und Arbeitskräfte. Er erzeugt periodische Krisen.

Eine Weltwirtschaft, die Wohlstand für alle überall erzeugt, sollte in große Teilregionen gegliedert werden, in denen spezielle Regeln gelten. Der Aufbau eines funktionsfähigen Binnenmarktes, von Massenkaufkraft und öffentlicher Nachfrage sollte Vorrang haben. Differenzierte öko-soziale Mindeststandards in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sowie die Regulierung kurzfristiger Kapitalströme sollten gestattet sein. Am Ende wäre eine behutsame Integration in den Weltmarkt sinnvoll. Die Europäische Union sollte gegenüber dem US-amerikanischen Wirtschaftsstil eine eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Identität ausformen.

A. räumt erfrischend und schonungslos mit den Schlüssellegenden der marktradikalen Dogmatik auf, die seit einem Vierteljahrhundert die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Sackgassen und auf Nebenschauplätze ablenken und sie zu Fehldiagnosen und riskanten Therapien verleiten. Das Sparen, Kürzen und Streichen öffentlicher Ausgaben, die Abwärtsspirale der Entwertung von Qualifikationen in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen, die Zerstörung von Familien durch flexible Arbeitsformen und erzwungene Mehrarbeit sowie die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit bergen erhebliche Gefahren in sich, daß nämlich der Sozialstaat und die Demokratie auf dem Basar einer unverständenen und unverständlichen marktradikalen Dogmatik zur

Disposition gestellt werden. Die meisten seiner Diagnosen und Lösungsvorschläge werden auf Zustimmung stoßen, insbesondere der Vorrang der Binnenmärkte, der Vernetzung von Landwirtschaft und gewerblicher Industrie sowie von monetärem und realwirtschaftlichem Kreislauf. Ebenso zustimmungsfähig sind die Konzepte einer multipolaren Weltwirtschaft mit differenzierten Regelsystemen.

A.s kritisches Urteil über den Welthandel und die Weltwirtschaft verträgt indessen nachdenkliche Ergänzungen. Zunächst scheinen nationalstaatliche und internationale Akteure, die sich im Rahmen globaler Vereinbarungen und Institutionen der Weltwirtschaft bewegen, selbst dabei zu sein, die Hegemonie der „neoliberalen Phase der Weltwirtschaft“ auszubremsen. Außerdem ist zu befürchten, daß die hohe Aggregation von Welthandel und Weltwirtschaft Urteile nahelegt, die bei einer größeren Differenzierung ambivalent zu formulieren wären. So hat unter bestimmten politischen Bedingungen die Exportorientierung etwa der Bundesrepublik oder einiger südostasiatischer Staaten sowohl zur Dynamik der Binnenwirtschaft als auch zu einer Art Fehllenkung von Ressourcen beigetragen. Vorbehalte sind auch gegen die deterministischen Sichtweisen etwa des linearen Wachstumstrends, der ausschließlich abwärts gerichteten globalen Lohnentwicklung, des Steuerwettbewerbs der Nationalstaaten und einer technikbedingten Produktivitätsrate anzumelden, die für eine Industrielandschaft charakteristisch sein mag, nicht jedoch für eine kulturelle Dienstleistungswirtschaft, in der sich im Bereich personennaher Dienste der Gesundheit, Bildung und Kultur neue arbeitsintensive Märkte erschließen lassen. Damit wären schon durch eine differenzierte ökonomische Entwicklung jene regionalen Räume abgesteckt, die eine eigenständige Wohlstandsentwicklung begünstigen. Eine solche multipolare Regionalisierung scheint sich bereits zu entwickeln, wie an der starken Konzentration (allerdings auch Polarisierung) wirtschaftlicher Aktivitäten in der weltwirtschaftlichen Triade ablesbar ist.

F. HENGSBACH S. J.